

und nach acht Jahrzehnte dauernden Kriegswirren, die immer wieder die westfälischen Länder in Mitleidenschaft gezogen hatten.

In elf Anhängen hat Fluck den Inhalt der Visitationsprotokolle tabellarisch aufgearbeitet. Die Herausgeber haben den im Manuskript noch nicht ganz vollendeten Tabellen Erläuterungen hinzugefügt. Die erste Tabelle beinhaltet Pfarrkirchen und Kapellen, die zweite die Besetzung der Pfarr- und Vikariestellen, die dritte die Einkünfte der Geistlichen. Es folgt als vierte Tabelle die Personenstatistik der Pfarreien, als fünfte und sechste die Liste der Altarweihen während und nach der Visitation. Der siebte Anhang zählt nach Orten geordnet die Reliquien des Bistums auf. Im Anhang 8 findet sich die Ausstattung der Kirchen in alphabetischer Reihenfolge der Pfarreien, Anhang 9 listet die Bruderschaften und Anhang 10 die Hospitäler auf. Den Schluss bildet ein Anhang mit Angaben zu Maßen, Gewichten, Löhnen und Preisen. Das umfangreiche Quellen- und Literaturverzeichnis Flucks haben die Herausgeber bis zum Zeitpunkt der Herausgabe ergänzt.

Walter Gröne

*Leidinger, Paul (Hg.), Deutsche Ostflüchtlinge und Ostvertriebene in Westfalen und Lippe nach 1945. Beiträge zur ihrer Geschichte und zur deutsch-polnischen Verständigung, Quellen und Forschungen zur Geschichte des Kreises Warendorf 46, Aschendorff Verlag, Münster 2011, 464 S., geb.*

Jürgen Kampmann hat sich im Jahre 2008 mit dem Thema „Migration und konfessionelle Identität in Westfalen nach 1945“ beschäftigt. Mit Blick auf seine Rede von einem „übersehenen Thema“ – vgl. JWKG 106 (2010) – und auf die Tatsache, dass bisher erst in wenigen Jahrbuchbeiträgen dieses Thema zur Sprache kommt, erscheint es mir als angemessen, dieser Rezension einen breiteren Raum zu geben.

Geschichtsschreibung braucht offenbar einen angemessenen zeitlichen Abstand zu dem Geschehen, das beschrieben werden soll. Dabei geht es einerseits um den Abstand, der Objektivität ermöglicht, und andererseits um den Abstand, der nötig ist, um ein breiteres Interesse an einem Geschehen zu wecken. Beides zeigt sich an dem Sammelband zum Thema der Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen nach 1945 in Westfalen und Lippe. 1996 war es dem Herausgeber Leidinger, der sich als Münsteraner Hochschullehrer schon seit den siebziger Jahren diesem Thema gewidmet hatte, gelungen, ein wissenschaftliches Symposium der Historischen Kommission für Westfalen in Münster anzuregen und durchzuführen. Vierzehn Beiträge dieses Symposiums konnte er fünfzehn Jahre später, teilweise ergänzt und erweitert, in Verbindung mit acht weiteren Aufsätzen als Sammelband herausgeben. Die Reihe „Quellen und Forschungen zur Geschichte des Kreises Warendorf“ greift damit in diesem 46. Band über den historischen und geographischen Raum des Kreises Warendorf hinaus, der allerdings in seiner zentralen und verkehrsmäßig günstigen Lage in besonderer Weise von dem Geschehen um die Aufnahme Vertriebenen in Westfalen betroffen war.

Leidinger stellt dem in fünf Teile gegliederten Band eine Einführung in den Forschungsstand voran, in der er auch und besonders polnisch-deutsche Verständigungsbemühungen würdigt. Die ersten fünf Beiträge sind zusam-

mengefasst unter dem Thema „Grundaspekte der Flüchtlings- und Vertriebenensituation in Westfalen und Lippe nach 1945“. Manfred Wolf verbindet in seinem Aufsatz „Operation Swallow. Der Weg von Schlesien nach Westfalen im Jahre 1946, Britische Quellen und persönliche Erfahrungen der Vertreibung“ eine historische Darstellung der Vertreibung aus Schlesien mit seinen privaten Erlebnissen. Darin fasst er die der Vertreibung vorausgehenden Verhandlungen von Briten, Polen und Russen zusammen und berichtet über den Ablauf der bis Mitte 1948 dauernden Operation.

Manfred Wille berichtet über „Fragen der alliierten Verständigung über die Aufschlüsselung der Vertriebenen sowie zur Organisation und Durchführung des Evakuierenaustausches und des Transports der Ausgewiesenen durch die SBZ in die Westzonen“. Er beschreibt zunächst die seit Mai 1945 noch vor dem Abschluss der Potsdamer Konferenz begonnenen Vertreibungen der Deutschen durch Polen und Tschechen, die wegen Fehlens jeglicher Planung der Alliierten die Grenzgebiete der Sowjetischen Besatzungszone in ein Chaos stürzten. Nachdem deutlich geworden war, dass die Sowjetische Besatzungszone keineswegs alle Deutschen aus dem Gebiet östlich von Oder und Neiße aufzunehmen in der Lage war, traten Russen und Briten in Verhandlungen darüber, die etwa eine Million Menschen umfassende Zahl der westdeutschen Evakuierten aus dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone in die Britische Zone zu bringen und sodann 1,5 Millionen Vertriebene aus den Ostgebieten in die Britische Zone zu leiten. Erst im Februar 1946 wurde die Weiterleitung Vertriebener in die Britische Zone organisatorisch geregelt.

Simone Müller schreibt über die „Hauptaufnahme- und Durchgangslager für Ostflüchtlinge und Ostvertriebene in Westfalen-Lippe und in den Kreisen 1945–1950“. Sie geht dabei sehr detailliert auf Einzelheiten der Einrichtung, des Betriebs, der hygienischen Verhältnisse und des Nutzungszeitraumes ein. Resümierend stellt sie fest, „dass sich die materielle und seelische Notlage der Vertriebenen durch den Aufenthalt in den Durchgangslagern als ihre häufig erste Station und Bleibe in der westlichen neuen Heimat nur verschlechterte“. Dennoch sieht sie in der „Aufnahme und Eingliederung von deutschen Ostflüchtlingen und Ostvertriebenen nach 1945 in Westfalen wie in Deutschland eine beachtliche sozialpolitische Leistung der damaligen Handlungsgeneration wie auch eine vielfach über die Grenzen menschlicher Zumutung gehende Erduldungsleistung der Betroffenen“ (113).

Volker Ackermann beschäftigt sich unter dem Titel „Missbrauch des Asylrechts? Die Diskussion um die Aufnahme von Flüchtlingen und Zuwanderern aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in Nordrhein-Westfalen 1947–1949“ (115) mit den sogenannten „illegalen Grenzgängern“, die aus der Sowjetischen Besatzungszone in die Westzonen flüchteten und dort sowohl von amtlicher deutscher wie auch englischer Seite als Asoziale und Kriminelle, ja als „Abscham der Gesellschaft“ (119) diffamiert wurden. Erst das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mit seiner Feststellung des Grundrechts auf Asyl beendete (zumindest auf amtlicher Ebene) die inhumane Missbrauchsdebatte. Es erscheint bedenklich, dass diese Debatte mit Blick auf wechselnde Menschengruppen bis in die Gegenwart hinein immer wieder auflebt.

Hans-Ulrich Thamer steuert mit seinem Aufsatz „Neue Heimat – Neue Zeiten“ einen Beitrag über „die Integration von Vertriebenen und Flüchtlingen als gesellschaftliches und kulturelles Problem“ bei. Nach einer Zeit anfänglicher Spannungen und Vorurteile begann für die Vertriebenen ein Prozess der Assimilation und Akkulturation. Hilfsbegriffe für die Beschreibung des Integrationsprozesses sind die Fragen nach dem Kommerzium, den sachlichen und alltäglichen Beziehungen, der Kommensalität, dem gesellschaftlichen Verkehr sowie dem Konnubium, dem Zusammenwachsen durch Heirat und Familie. Während sich dieser Prozess in der späteren Bundesrepublik – zwischen Stadt und Land durchaus unterschiedlich – über einen längeren Zeitraum erstreckte, wurde er in der DDR „1950 offiziell für abgeschlossen erklärt“ (130).

Der zweite Teil des Werkes steht unter dem Thema „Die Arbeit und Bedeutung der Kirchen bei der Lösung der Flüchtlings- und Vertriebenenprobleme nach 1945 in Westfalen und Lippe“. Leidinger stellt dazu fest, die „Arbeit der Kirchen bei der Lösung der Vertriebenenprobleme“ sei „angesichts der Hilflosigkeit öffentlicher Stellen“ (39) bedeutsam gewesen.

Gestützt auf Unterlagen aus dem Evangelischen Zentralarchiv Berlin und dem Ostkircheninstitut in Münster, erstellt Peter Maser eine Skizze über „Die Flüchtlings- und Vertriebenenprobleme als Aufgabe der Evangelischen Kirche von Westfalen nach 1945“ (142ff.), in der er sich allerdings darauf beschränkt, „Schwerpunkte zu benennen und die westfälische Entwicklung in den gesamtkirchlichen Rahmen einzuzeichnen“. Nötig seien jedoch weitere intensive Untersuchungen, um die „politischen, sozialen, kirchlichen, theologischen, kirchenleitenden und gemeindlichen Ebenen [...] zu erfassen“ (152). Maser macht deutlich, dass es trotz zahlreicher Hilfsinitiativen durch Hilfswerk und Ortsgemeinden erst seit 1949 in Westfalen „zum Aufbau einer eigenständigen landeskirchlichen Flüchtlingsarbeit kam“ (142). Als Gründe für diese späte Reaktion nennt er den „Umfang der praktisch zu lösenden Probleme“ wie auch das „kirchliche(n) und seelsorgerliche(n) Selbstverständnis der betroffenen, und zwar sowohl der untergegangenen wie der aufnehmenden Kirchen“ (142). Eine besondere Problematik ergab sich aus den dienstrechtlichen Verhältnissen der vertriebenen Pfarrer und ihrer Eingliederung in den westfälischen Pfarrdienst. Nur zögernd übernahm die westfälische Kirche Ostpfarrer in ihren Dienst, zunächst gedrängt von den Diaspora-Superintendenten Brune (im Text fälschlich Braune) und Dahlkötter, die den dringenden Bedarf an Pfarrern für die seelsorgliche Arbeit in den bis dahin weitgehend katholischen Landgebieten des Münsterlandes, des Paderborner Landes und des kölnischen Sauerlandes anmeldeten. Von 1950 bis 1973 wirkten zwei ehemalige Ostpfarrer als Landesflüchtlingspfarrer, Gerhard Fritz Gehlhoff bis 1954 und Herbert Neß bis 1973. Letzterer hinterließ eine umfangreiche, bisher ungedruckte Dokumentation. Nur andeutend spricht Maser die Spannungen an, die durch „die unterschiedlichen Prägungen des kirchlichen Bewusstseins und der Frömmigkeit bei den Vertriebenen und den aufnehmenden Gemeinden“ entstanden. Auch hier wird ein Desiderat der westfälischen Kirchengeschichtsschreibung deutlich. Abschließend geht Maser auf die innerkirchlichen Auseinandersetzungen ein, die 1966 durch die Ost-Denkschrift der EKD ausgelöst wurden.

Neben der Eröffnung neuer diakonischer Einrichtungen in Westfalen ragen in der Flüchtlingsarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen die Gründung und der Aufbau der Flüchtlingsstadt Espelkamp hervor. Thomas Kleinknecht berichtet darüber in seinem Aufsatz „Neue Formen der evangelischen Flüchtlingsarbeit in Westfalen: ‚Das Modell Espelkamp‘“ (159). Schon im Sommer 1945 hatte das Evangelische Hilfswerk von Westfalen unter Leitung seines Geschäftsführers Pastor Karl Pawlowski aus Bielefeld die nicht zerstörten Gebäude der ehemaligen Munitionsanstalt der Wehrmacht als Ferienlager für unterernährte Kinder genutzt. Gefördert durch Vertreter der britischen Besatzungsmacht, durch die Hilfswerkzentrale in Stuttgart und die westfälische Landeskirche entstand der Plan einer Wohn- und Industriean siedlung für Vertriebene. Nachdem der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold für den Plan gewonnen war, gründeten Staat und Kirche 1949 eine Aufbaugemeinschaft zur Errichtung der Modellstadt. Kleinknecht liefert in seinem Aufsatz einen Forschungsbericht über die historische Aufarbeitung der Stadtentwicklung Espelkamps.

Hans-Georg Aschoff schreibt über die „Flüchtlings- und Vertriebenenprobleme und -fürsorge aus der Sicht der katholischen Kirche“ (175). Im Vordergrund steht dabei das Erzbistum Paderborn, das nicht nur die westfälischen Regierungsbezirke Minden und Arnberg, sondern auch die große Fläche des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt umfasste. Der Westteil des Erzbistums nahm 226.000 heimatvertriebene Katholiken auf, für die in den evangelisch geprägten nördlichen und westlichen Teilen Einrichtungen für Gottesdienste und Seelsorge geschaffen werden mussten. Noch größer war diese Aufgabe im östlichen Teil, der etwa eine halbe Million vertriebener Katholiken aufzunehmen hatte. Im Unterschied dazu konnte das Bistum Münster im großenteils katholisch geprägten Ober- und Niederstift bei der Aufnahme von 180.000 katholischen Heimatvertriebenen auf vorhandene kirchliche Strukturen zurückgreifen. Die westfälischen Bischöfe Jäger und von Galen protestierten einerseits gegenüber der britischen Besatzungsmacht gegen die Vertreibung, riefen aber andererseits relativ kurzfristig schon 1945 caritative Soforthilfe ins Leben. Der Bonifatiusverein unterstützte zwischen 1945 und 1974 Bau und Einrichtung von über 3.000 Gottesdienststätten. Die Caritas leistete umfangreiche Hilfen bei der Betreuung von Durchgangslagern, der Verteilung ausländischer Hilfssendungen, dem Aufbau von Sozialeinrichtungen und mit Hilfe des Vatikans bei der Vermisstennachforschung. Der kirchliche Suchdienst, der gemeinsam mit dem Diakonischen Werk der EKD getragen wurde, konnte bis Ende 1965 mehr als acht Millionen Anfragen klären. Von besonderer Bedeutung war die Förderung des Haus- und Wohnungsbaus durch die Vergabe von Baugrundstücken in Erbpacht und die Arbeit katholischer Siedlungswerke.

Die eher allgemein gehaltenen Ausführungen Aschoffs präzisiert Barbara Stambolis in ihrer detailreichen Darstellung „Flüchtlingsarbeit im Erzbistum Paderborn nach 1945. Praktische Soforthilfe und gesellschaftspolitisches Programm“ (191). Den Verantwortlichen der Caritas war mit dem Eintreffen der Vertriebenen klar, dass die Hilfe eine dauerhafte „Beheimatung“ zum Ziel haben musste (197). So heißt es im 6. Caritasrundbrief 1949: „Für die Vertriebenen wird die Siedlung zum ersten Ansatzpunkt bei der Begründung des neuen Heimatgefühls.“ (198) In traditionell katholischen Orten fühlten

sich katholische Vertriebene fremd, da sie dort nicht die gewohnte „religiöse Sentimentalität“ (203) vorfanden. Als Problemlösung boten sich Wallfahrten nach Werl, Verne und anderen Wallfahrtsorten an, die von den Vertriebenen als Ersatz für ihre heimatlichen Wallfahrten genutzt wurden. Die Organisation der Vertriebenenwallfahrten lag seit 1946 beim „Hedwigswerk“. In den 1950er Jahren geriet das neu erwachte Wallfahrtswesen gelegentlich in die „unmittelbare Nähe parteipolitischer Interessen“ (208, vgl. auch 305). Stambolis hebt jedoch hervor, dass nicht „militant-antikommunistische Parolen“, sondern „versöhnliche Töne seit Beginn der kirchlichen Flüchtlingsarbeit die Regel“ (209) gewesen seien.

Der dritte Teil ist den „Fragen der sozialen Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in Westfalen und Lippe nach 1945“ gewidmet. Darin berichtet Wolfgang Jacobmeyer über die „Arbeit und Bedeutung der Flüchtlingsbeiräte in den Kommunen Westfalens in der ersten Nachkriegszeit“ (214). Er muss feststellen, dass mangels entsprechender Kompetenzen der Einfluss der Flüchtlingsbeiräte zu Anfang gering und nach 1950 praktisch bedeutungslos geworden war. Uwe Kleinert berichtet in seinem Aufsatz über „Die Bedeutung der Flüchtlinge und Vertriebenen für den westfälischen Arbeitsmarkt nach 1945“ (223), dass die Arbeitsverwaltung 1946 nicht in der Lage gewesen sei, die ankommenden Vertriebenen arbeitsmarktpolitisch zu steuern. Doch schon 1947 galten die Flüchtlinge für die Arbeitsverwaltung als „wichtigste Kräftereserve der nordrhein-westfälischen Industrie“ (227). Der Wohnraummangel in den industriell geprägten Ballungszentren verhinderte jedoch oft ihre Heranziehung als Arbeitskräfte. Nach einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen infolge der 1948 erfolgten Währungsreform kam es bis Mitte der 1950er Jahre zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, der es gerade auch den in dieser Zeit zuströmenden Flüchtlingen aus der DDR ermöglichte, Arbeit in Wirtschaftszweigen zu finden, die Einheimische nicht mehr bevorzugten, wie zum Beispiel im Bergbau, in der Bauindustrie, im Tiefbau und in der Landwirtschaft. Hans F. W. Gringmuth hat sich mit der „Wohnungsfürsorge und Ansiedlung der Vertriebenen im Landkreis Herford 1946–1952“ beschäftigt. Erika Richter untersucht unter dem Thema „Stunde der Frauen? Zur Situation der vertriebenen Frauen in Westfalen“ die Rolle der Frauen im Integrationsprozess. Die Frauen hatten die Hauptlast der unzureichenden Wohn- und Versorgungssituation zu tragen. Besonders hart traf sie „die Wahrnehmung vielfältiger Abwertungen in der neuen Umgebung“ (272). Anke Hufschmied hat sich unter dem Thema „Flüchtlingskinder“ mit der „Situation der Kinder von Flüchtlingen und Vertriebenen in Lippe 1945–1955“ auseinandergesetzt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass „sich die Lebensgeschichten der Flüchtlingskinder in erster Linie als Erfolgsgeschichte“ lesen (291).

Im vierten Teil geht es um „Fragen der kulturellen Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in Westfalen und Lippe nach 1945 und der deutsch-polnischen Verständigung“. Michael Hirschfeld geht zunächst noch einmal auf Vertriebenenwallfahrten ein und unterstreicht ihre Bedeutung für die Integration der Vertriebenen. Johannes Hoffmann schreibt über „Ostdeutsche kommunale Patenschaften nach 1945 in Westfalen und ihre Wandlung zu deutsch-polnischen Städte- und Gemeindeparterschaften in der Gegenwart“ (315). Jochen Walter legt eine Patenschaftsliste dazu vor, aus der

auch hervorgeht, in welchen Fällen aus Patenschaften bestehende Partnerschaften hervorgegangen sind. Nikolaus Gussone schreibt eine Geschichte ostdeutscher Kulturpflege in Nordrhein-Westfalen.

Im fünften Teil, dem Epilog, bietet Tim Völkerling einen Aufsatz über die „Flucht und Vertreibung im kollektiven Gedächtnis und im aktuellen Ausstellungswesen“ (392). Er referiert darin die politischen Auseinandersetzungen in Polen und Deutschland über die musealen Ausstellungskonzepte zum Thema. Paul Leidinger als Herausgeber steuert einen Vortrag zum Thema „Heimat ist Menschenrecht. Heimat und Heimatrecht im internationalen Zusammenhang“ bei. Darin sagt er: „Der weit fortgeschrittene Versöhnungsprozess zwischen Deutschen und den Völkern und Staaten Ostmitteleuropas ermöglicht es, Flucht und Vertreibung nach 1945 in Deutschland und Europa nunmehr als historisches Phänomen im internationalen Zusammenhang aufzuarbeiten.“ (428) Beigefügt ist Jürgen Gojny's zusammenfassende Darstellung der Ankunft und Eingliederung der Vertriebenen im Kreis Warendorf. Es folgen Dokumente aus Dortmund und Ahlen sowie Tabellen über die Entwicklung der Wohnbevölkerung und des Vertriebenenanteils in Nordrhein-Westfalen und den im heutigen Kreis Warendorf zusammengefassten Kreisen und Kommunen.

Walter Gröne

*Niedersächsisches Klosterbuch. Verzeichnis der Klöster, Stifte, Kommenden und Beginenhäuser in Niedersachsen und Bremen von den Anfängen bis 1810, hg. von Josef Dolle unter Mitarbeit von Dennis Knochenhauer, Veröffentlichungen des Instituts für Historische Landesforschung der Universität Göttingen 56, Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2012, LXVII, 2211 S., 16 Karten, 1 Übersichtskarte, geb.*

Das „Niedersächsisches Klosterbuch“, ein Kompendium von 365 monastischen Institutionen in 205 Orten, ist nicht das erste Werk dieser Art. Schon länger gibt es vergleichbare Kompendien unter anderem aus Brandenburg (2007) und Westfalen (1992–1994; 2003). Bemerkenswert jedoch ist der Umfang des niedersächsischen Werks – 2.212 Seiten – sowie die außergewöhnlich zügige und doch zugleich qualitätvolle Durchführung des Projekts: 2008 fanden am Institut für Historische Landesforschung der Universität Göttingen unter Leitung seines Direktors Arnd Reitemeier erste Vorüberlegungen statt, und nicht einmal vier Jahre später war das Projekt abgeschlossen und das Ergebnis gedruckt.

Drei der vier Bände behandeln nach kurzen Einleitungen und Vorworten die monastischen Institutionen unter dem jeweiligen Ortsnamen, beginnend mit Abbingwehr bei Aurich und endend mit Zeven bei Rotenburg (Wümme), in alphabetischer Reihenfolge. Der vierte Band enthält die Register (Personen – mit Lebens- oder Erwähnungsdaten! – und Orte) und das Literaturverzeichnis.

Die Präsentation der einzelnen Institutionen folgt einheitlichen, wohlgedachten Prinzipien. Die allgemein interessierenden Ausführungen zu „Geschichte und Bedeutung der Institution“ werden groß gedruckt und in relativ ausführlichen Fließtexten präsentiert, ebenfalls der Überblick über „Bau- und